

Volkshochschule als Ort der Demokratie

Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein?

Steffen Wachter

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag ist die angekündigte inhaltliche Kommentierung der Beiträge aller Bundestagsfraktionen im Heft 4/2018 zu 100 Jahren Volkshochschule. Diese hatten dort Stellungnahmen zur Frage, wie wirkmächtig Volkshochschulen sein „können, dürfen und sollen“ abgegeben, die im Heft nicht kommentiert wurden. Steffen Wachter, einer der beiden Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Politik, Gesellschaft und Umwelt beim DVV, liefert nun diese Kommentierung positioniert sich und stellt Folgerungen und Forderungen für die politische und gesellschaftliche Bildungsaufgabe der Volkshochschulen auf.

1. Kommentierung der Beiträge

Nach jahrelangen Erfahrungen im Umgang mit Statements von Vertreter*innen politischer Parteien ist es wichtig, deren Aussagen zu kontextualisieren und somit auf ihre Authentizität zu prüfen. Die Kommentierung erfolgt daher in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung im Heft unter Bezugnahme der jeweiligen Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017.

Der Beitrag von *Astrid Mannes von der CDU* entspricht in hohem Maße dem Wahlprogramm der CDU und ist in der vorliegenden Fassung eigentlich kein Statement auf die an sie gerichtete Frage, sondern eine Zustandsbeschreibung der gesellschaftlichen Herausforderungen für die Politische Bildung im Allgemeinen. Im Wahlprogramm der CDU/CSU gibt es keine einzige explizite Benennung von Volkshochschulen. Die von Volkshochschulen übernommenen Aufgaben wie Integrationskurse, Weiterbildung oder Lebenslanges Lernen werden dort immer wieder als allgemeines Postulat hervorgehoben, ohne jedoch auf die Konkretion einer strukturellen und finanziellen Verankerung der vhs einzugehen. Der Beitrag von Frau Mannes thematisiert die Rolle der Volkshochschulen erst am Ende, als flächendeckender, niedrigschwelliger und kostengünstiger Akteur. Eine Antwort auf die Fragestellung

nach deren Wirkmächtigkeit wird aber nicht explizit gegeben. Es wird vielmehr die Wichtigkeit einer funktionierenden Bildungslandschaft in einer Staatsgemeinschaft hervorgehoben, und es werden eine Vielzahl von Akteuren für diese Aufgabe benannt. Immerhin werden die Volkshochschulen vor allem aufgrund ihrer wohnortnahen Angebote in diesem Kanon der Anbieter als „unverzichtbar“ (vgl. Mannes 2018, S. 325) eingeschätzt.

Oliver Kaczmarek von der SPD wird in seinem Beitrag hinsichtlich der Rolle der Volkshochschulen weitaus konkreter und nimmt schon zu Beginn Bezug zu Formaten und Bereichen der politischen Bildung, die von Volkshochschulen geleistet werden. Nach einem Exkurs zur allgemeinen Bedeutung Politischer Bildung im Kontext unserer historischen Verantwortung in Deutschland kommt er explizit auf die Fragestellung zurück. Er sieht die vhs in der „Pflicht, als Lernort einen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten“ (Kaczmarek 2018, S. 327). Er leitet das von ihrer Kernaufgabe ab, gesellschaftspolitisch wirkmächtig zu sein und konstatiert ihr die Erfüllung ihrer Rolle. Dies korrespondiert auch mit dem Wahlprogramm der SPD, welches konkret die Volkshochschulen benennt und mit Aufgaben- und Themenfeldern belegt. So wird dort der Ausbau von Bildungseinrichtungen bundesweit auf kommunaler Ebene benannt, welche die finanziell relevante Bezugsgröße als Träger von Volkshochschulen darstellt. Weiterhin findet sich die explizite Benennung der vhs im Bereich Digitalisierung für Ältere und der Themenfelder Alphabetisierung, nachholende Schulabschlüsse, Unterstützung für Einrichtungen, die sich gegen Rassismus und für Demokratie einsetzen, Gleichberechtigung, Antidiskriminierung, Bekenntnis zur Interkulturalität, Förderung der freien Kultur und Erinnerungskultur und Europa als Bildungsaufgabe.

Götz Frömming von der AfD bezieht sein Statement auf das Humboldt'sche Bildungsideal als Maxime einer zweckfreien Bildung im preußischen Sinne. Diesbezüglich konstatiert er Volkshochschulen die drohende Entwicklung hin zu einem „Konglomerat aus Bildungssozialämtern und Selbsthilfegruppen für verwertbares Wissen“ (Frömming 2018, S. 329). Dies bezieht er vor allem auf die Integrationskurse für Zugewanderte, aber auch auf Angebote zur Gesundheitsbildung, Berufsorientierung oder Fremdsprachenkurse. Nach seiner Auffassung müsste die vhs zurück zu den klassischen Bildungsidealen. Diesbezüglich spielt die Wirkmächtigkeit der vhs in der Politischen Bildung als Fragestellung überhaupt keine Rolle. Die Zuschreibungen an die Volkshochschule sind die eines politisch neutralen und ungesellschaftlichen Ortes, den diese darstellen sollte. Insofern auch ein Statement auf die Fragestellung, ohne dieses direkt zu benennen. Dies entspricht auch der Haltung der AfD in ihrem Wahlprogramm: Keine explizite Benennung und Stellung zur Erwachsenenbildung, keine ausformulierte Kulturpolitik. Ablehnung von Gender, Interkulturalität und geschlechtergerechter Sprache gehören zum kulturellen Ideologiebestand der Programmatik der AfD. Stattdessen wird eine so benannte Leitkultur – als gesetzte einheitliche „nationale Kultur“ – zum Gegenpol eines Multikulturalismus postuliert und die Ablehnung der nichthumanistisch geprägten Kulturen und Religionen deutlich gemacht. Die Aussagen zur Volkshochschule sind demzufolge nur abzuleiten, weichen von der Fragestellung ab und führen immer wieder zu den eigenen gesetzten

Themen oder Leitidealen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre seit Einzug der Partei in Parlamente und Gremien ein beliebtes Mittel in der Strategie der AfD zur Reduzierung des Diskurses auf Selbsterhöhung und Feindbilder. Dieses Vorgehen macht es den Lesern oder Hörern schwer, nicht in die von der AfD gesetzte Thematik zu verfallen, zumal die dort dargestellten Argumentationen oft sehr dezidiert und schlüssig wirken und immer wieder an persönlichen Ansatzpunkten zur eigenen Identität und Geschichte anknüpfen. Bei näherer Untersuchung der Aussagen finden sich so immer wieder Rückbezüge auf intellektuelle Ideologien, die von der Identitären und Neurechten Bewegung in ganz Europa verwendet werden. Der Beitrag von Frömming instrumentalisiert mit Blick auf eine einheitliche nationale Kultur die Klasker hinsichtlich der Rolle und Aufgaben der Volkshochschulen.

Jens Brandenburg von der FDP nimmt als erster die Fragestellung der Redaktion in den Titel seines Statements mit auf. Nach einer allgemeinen Verortung der Bedeutung von Politischer Bildung mit vielen aktuellen Beispielen aus dem internationalen Kontext schreibt er Volkshochschulen eine große Bedeutung als „bekannteste Bildungseinrichtung des lebenslangen Lernens“ (Brandenburg 2018, S. 332) zu. Der Autor attestiert den Volkshochschulen, aufgrund eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs, einer weltanschaulich und parteipolitisch neutralen Haltung, einer chancengleichen Zugangsmöglichkeit und eines breitgefächerten Bildungsangebots, „ein hervorragender Ort der politischen Bildung“ zu sein (vgl. ebd, S. 332 ff.) Nach seiner Auffassung können, sollen und dürfen sie „Zentren der Politischen (Weiter-) Bildung“ sein, wengleich er seine Forderungen hauptsächlich auf die Anreicherung mit digitalen Bildungsformaten fokussiert. Zudem bringt er den Begriff der Renaissance der Politischen Bildung ins Spiel, was insofern als passend und zugleich irritierend gewertet werden kann, als gerade die FDP ab den 1990er Jahren als Regierungspartei eine *Vermarktung der Bildung* vorangetrieben hat und die Förderung der Volkshochschulen mit Verweis auf den freien Markt zu beschneiden versuchte. Interessant ist dieses starke positive Statement für einen Ausbau und eine Stärkung der Rolle der vhs vor dem Hintergrund des Wahlprogramms der FDP. Hier findet sich keine explizite Benennung der Erwachsenenbildung und der vhs. Vielmehr wird eine Modernisierung der Demokratie durch Ausbau von Bürgerschaftlichem Engagement und moderierter Bürgerbeteiligung benannt und der Bedeutung lebenslangen Lernens mit Online Tools die Zukunft gewiesen.

Birke Bull-Bischoff von DIE LINKE setzt Politische Bildung mit Demokratiebildung im Sinne von Oskar Negt gleich und verweist auf Politische Bildung als den Kernbereich der Existenz von Volkshochschulen. Sie nimmt die Volkshochschulen in die Verantwortung, als gesellschaftspolitischer Ort antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken. Sie spricht sich auch für eine klare Positionierung der Einrichtungen aus und interpretiert das Neutralitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses als Aufgabe, zwar parteipolitisch neutral zu bleiben, aber inhaltlich Stellung zu beziehen: „Die Volkshochschulen können, dürfen und sollen gesellschaftliche Wirkungsmacht entfalten. Ein Zuviel an Engagement für die Demokratie kann es nicht geben“ (Bull-Bischoff 2018, S. 335). Diese Haltung spiegelt sich auch im Parteiprogramm auf struktureller und inhaltlicher Ebene wider: Volkshochschulen und andere öffentlich

geförderte Weiterbildungseinrichtungen müssen ausreichend und dauerhaft finanziert werden, fordert die LINKE dort.

Lebenslangen Zugang zur Bildung für Alle, Politische Bildung als Teil der beruflichen Bildung, feste Bezahlung für Lehrkräfte in der Weiterbildung, offene Kulturelle Bildung für alle als Demokratiebildung und Förderung der Erinnerungskultur. Dies klingt nach einem Loblied auf die Volkshochschulen, wobei es bisher keine bundespolitische Möglichkeit gibt, diese Postulate auf ihre Umsetzung zu prüfen, da DIE LINKE bisher noch nicht in Regierungsverantwortung war. Zudem bezieht sich Forderung nach Aufarbeitung und Erinnerungskultur sehr stark auf die Zeiten des Nationalsozialismus und die BRD in der Nachkriegszeit, während die Aufarbeitung der eigenen Rolle und Verstrickung mit der SED-Vergangenheit weiterhin als schwierig gilt.

Beate Walter-Rosenheimer von Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezieht ihr Bild von Volkshochschule auf ihre persönliche Erfahrung, die, wenn sie gemacht wurde, als positiv gewertet wird, aber von diversen Vorurteilen geleitet ist. Der vhs wird ein Ort zugewiesen, an dem Politische Bildung „im Wortsinn“ nicht mehr praktiziert werde. Diese Rolle schreibt Walter-Rosenheimer gegenwärtig den Landeszentralen und der Bundeszentrale für Politische Bildung sowie den Stiftungen der politischen Parteien, den Parteien selbst und den Schulen und Hochschulen zu (vgl. ebd. S. 336). Deshalb sollten sich die Volkshochschulen von ihren historischen Wurzeln abnabeln und sich stattdessen zu ihrer Rolle als soziale Institution bekennen. Der Begriff „Volkshochschule“ wird kritisch abgegrenzt gegenüber der „Hochschule“ (hier sieht die Autorin in der Realität eine unzutreffende institutionelle Selbstbeschreibung) als auch gegenüber dem Begriff „Volk“, bei dem sie die negative Konnotation problematisiert.

Die Zuschreibungen sind stark im Kontext des Selbstverständnisses und der Geschichte der Partei zu sehen, die sich historisch als Bürgerinitiative gegen das Establishment und seine Institutionen verstehen will. Die Partei ist historisch stark vom Bild der Studentenbewegung geprägt, an dem die Selbstzuschreibung immer noch festhält, weshalb auch Universitäten als Ort politischer Bildung hervorgehoben werden, ungeachtet dessen, dass die Realität an Hochschulen, abgesehen von der fachlichen Ausbildung heute, in der Außenwirkung als wenig politisch im gesellschaftlichen Kontext zu sehen sind. Die Bewertung und Verortung der vhs deckt sich auch mit dem Wahlprogramm der Grünen, welches eine explizite Benennung von Volkshochschulen im Zusammenhang mit Chancengerechtigkeit benennt, aber keine Konkretion bei der strukturellen und finanziellen Ausstattung vornimmt. Stattdessen werden Bürgerschaftliches Engagement, Hochschulen, Ehrenamt, Vereine/Initiativen, Verbraucherschutz, lebenslange digitale Bildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) als Schlüssel zu einer demokratischen Gesellschaft benannt. Die Rolle der Volkshochschule wird dementsprechend apolitisch ausgerichtet und reduziert die vhs auf ein Konglomerat von Tanz-, Sprach- und Töpferkursen. Damit übernimmt die Partei eine konservativ-nostalgische Sicht auf die Bildungslandschaft, unterwirft die Volkshochschulen dem Nützlichkeitspostulat und entbindet sie jeder gesellschaftspolitischen Funktion.

2. Volkshochschule als Ort der Demokratie – Politische Bildung als fester Bestandteil der Volkshochschule

Im Heft 4/2018 hat Prof. Dr. Ulrich Klemm, Verbandsdirektor des Landesverbandes der Volkshochschulen in Sachsen und Mitglied des Bundesarbeitskreises Politik – Gesellschaft – Umwelt des DVV, auf sehr pointierte Weise den Bogen von der historischen Entwicklung, über die Gegebenheiten vor Ort bis zur Herausforderung gespannt (Klemm 2018, S. 313 ff.). Der Bundesarbeitskreis hat sich seinerseits in verschiedenen Publikationen und Handreichungen deutlich zur Bedeutung der Politischen Bildung in der Volkshochschularbeit positioniert (Lesky, Schams, Wachter 2017, S. 112 ff., u. 2017, S. 3). Grundlage für die Volkshochschularbeit ist ein ganzheitliches Verständnis von Politischer Bildung, welches die Volkshochschule von allen anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung deutlich unterscheidet und die Politische Bildung im Kontext gesellschaftlicher Bildung verortet. Die Breite des Bildungsangebots der Volkshochschulen bietet viele Ansätze für politische Bildung – sei es etwa in den Integrationskursen, in Kursen zu gesellschaftlichen Fragen in der Gesundheitsbildung, Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft etc. Dieser ganzheitliche Ansatz wird auch in den Hessischen Blättern 4/2018 deutlich, da sich die Beiträge zur kulturellen Bildung von Hans Hermann Groppe als auch zur beruflichen Bildung von Anette Groth immer wieder auf die Politische Bildung beziehen. Doch der ganzheitliche Ansatz der Volkshochschule beschränkt sich nicht nur auf die Inhalte, sondern auch auf die Organisationsform Volkshochschule, die als die kommunale Weiterbildungseinrichtung per se einen politischen Auftrag hat – Volkshochschule kann bezogen auf diesen Auftrag überhaupt nicht zu einem apolitischen Ort werden!

Ein wichtiger Punkt ist aber sicherlich die Positionierung und Selbstbestimmung der Volkshochschulen in Bezug auf die Stellung und Ausrichtung der Politischen Bildung. Ohne diese deutliche und zentrale Hervorhebung dieser Kernaufgabe und Rolle werden sich die Volkshochschulen immer wieder gerechtfertigten Vorwürfen über ihr Angebot und ihre Ausrichtung stellen müssen. Dazu ist es wichtig, auch im 100. Jahr des Bestehens die historischen Entwicklungen nicht zu verklären und die blinden Flecke zu benennen und zu bearbeiten. Dazu gehören in neuer Zeit vor allem die in Ansätzen neoliberale Ausrichtung und Selbstoptimierung in den 1990er und 2000er Jahren¹, die Rolle als Integrationsdienstleister² und auch die als politische Renaissance ausgerufenen Rettung der Demokratie durch Projektmittel³.

3. Folgerungen und Forderungen für die Politische Bildung an Volkshochschulen

Bei allen Entwicklungen und Anpassungen der vhs als gesellschaftlicher Ort bleibt immer die Frage nach der Selbst- und Mitbestimmung und vor allem der unabhängigen Handlungsfähigkeit der Institution. Dies bedingt eine strukturelle Grundförderung der Institutionen, eine unabhängige Angebotsplanung und eine Neutralität bei

gleichzeitiger Kontroversität in den Veranstaltungen bezogen auf politische, konfessionelle und strukturelle Rahmenbedingungen.

Insbesondere im Bereich der Politischen Bildung bedarf es einer klaren strukturellen Förderung als Kernaufgabe der vhs losgelöst von der Verwaltungslogik der Kostenrechnung. Politische Bildung ist kein Verwertungszusammenhang und kein zeitlich befristetes Projekt. Insofern sind die in der Weiterbildung üblichen Bezugsgrößen wie Mindestteilnehmendenzahlen, Entgeltordnungen etc. ein Verhinderungsgrund für gelingende Politische Bildung. Um dem Anspruch einer Bildung für alle Menschen gerecht werden zu können und zeitgemäße Politische Bildung machen zu können, bedarf es einer personellen und programmatischen Grundfinanzierung. Nur so kann die Volkshochschule ein offener Begegnungs- und Lernort sein, aufsuchende Bildungsarbeit praktizieren, Beteiligungsformate initiieren und nachhaltig umsetzen, ein politisches Forum in der kommunalen Bildungslandschaft bieten und Netzwerkarbeit betreiben. Selbstverständlich sind die Fragen des Stellenwertes und der Umsetzung Politischer Bildung nicht nur finanziell zu begründen. Es sind in erster Linie Entscheidungen der Ausrichtung der Institution und Forderungen an die Verantwortlichen, den Gründungsauftrag der Volkshochschulen auch nach 100 Jahren noch entsprechend umzusetzen. Und: auch unter betriebswirtschaftlichen Prämissen war und ist es möglich, Politische Bildung als Thema zu platzieren, wenn es denn von Seiten der Leitung gewünscht ist. Hier sind mancherorts auch seitens der Volkshochschulen eine zu geringe Verantwortungsübernahme für dieses Handlungsfeld zu kritisieren. Dazu kommt die anstehende Weiterentwicklung von expliziter und impliziter Politischer Bildung. Unter implizit ist in diesem Zusammenhang z. B. die Mitgestaltung von Curricula im Bereich von Integrationskursen oder ein Anteil von gesellschaftspolitischen Themen in allen Handlungsfeldern zu verstehen, wie dies derzeit z. B. bei Bildungsfreistellungen in Hessen geschieht. Zudem bedarf es der grundsätzlichen Qualifizierung von allen Kursleitenden als Querschnittsaufgabe in der vhs, um zu erreichen, dass die Vermittlungspersonen von Bildung im Auftrag der vhs in allen Kursen zur Multiplikation der gesellschaftspolitischen Zielsetzung der Einrichtung beitragen. Dies ist nötig, damit die Volkshochschulen eine Kultur der kritisch-reflexiven Auseinandersetzung fördern und damit ein neues Miteinander erreichen. Aktuelle Beispiele hierfür sind die ethischen Fragen im Zeitalter von Digitalisierung, Globalisierung und Migration oder Bildung für nachhaltige Entwicklung ebenso wie die Frage nach neuen Beteiligungsmöglichkeiten und -formen. All dies führt dazu, dass politische Bildung im 21. Jahrhundert Bürgerinnen und Bürgern Antworten finden lässt auf die Frage: In welcher Welt wollen wir leben?

Anmerkungen

- 1 Dies fand in großem Maße durch Qualitätstestierungs- und andere Zertifizierungsverfahren statt, die Kosten- und Leistungsrechnung und eine Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit an Finanz- und Verwaltungsvorgaben zur Folge hatte.

- 2 Die vhs Statistik 2017 weist fast 50 % der Unterrichtseinheiten bundesweit im Bereich Deutsch als Fremdsprache aus. Diese Kurse werden vom BAMF gesteuert, finanziert und kontrolliert.
- 3 Das Bundesprojekt Demokratie Leben hat aktuell einen jährlichen Etat von über 115 Millionen Euro.

Literatur

- Brandenburg, Dr. Jens (2018): Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Verantwortung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 330-333
- Bull-Bischoff, Birke (2018): Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 333-335
- DVV- Deutscher Volkshochschulverband (2011): Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn
- Frömming, Dr. Götz (2018): „Mehr Humboldt bitte!“ – Oder: Geburt und Werden der Volkshochschulen aus dem Geist des preußischen Reformers. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 327-330
- Kaczmarek, Oliver (2018): Politische Bildung für den Zusammenhalt im Land. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 325-327
- Klemm, Prof. Dr. Ulrich (2018): Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 313-322
- Lesky – Schams – Wachter (2017): Demokratie braucht Volkshochschule. In: U. Klemm (Hrsg.), Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart (2017), S. 112-124.
- Mannes, Dr. Astrid (2018): Aktuelle Herausforderungen im Bereich der Politischen Bildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 323-325
- Volkshochschule als Ort der Demokratie. Hilfestellungen zum Umgang mit antidemokratischen Äußerungen und Gruppierungen (2017)
- Walter-Rosenheimer, Beate (2018): Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2018, Heft 4, S. 335-337
- Wahlprogramm der AfD: www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf
- Wahlprogramm der CDU: www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1
- Wahlprogramm der SPD: www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf
- Wahlprogramm der FDP: www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf
- Wahlprogramm Bündnis 90/DIE GRÜNEN: gruene-bayern.de/wp-content/uploads/2017/05/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf
- Wahlprogramm DIE LINKE: www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf